

Rainer Gries

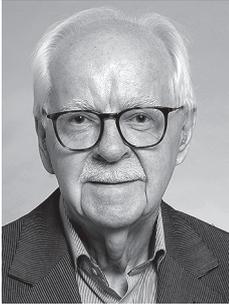
**„UND DU
BIST
NOCH
IN DER
SPD?!“**

Mehr Demokratie wagen! –
Eine Streitschrift

Kohlhammer

Kohlhammer

Der Autor



Rainer Gries studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten Köln und Bochum. Mitarbeit in einem Projekt des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Universität Bochum. Ab Ende 1977 Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Bereichen politische Bildung (Nord-Süd-Beziehungen/Weltwirtschaft), später in der Studienförderung (Auswahl; ausländische Stipendiaten) und in der Bibliothek (Bestandsaufbau internationale und europäische Gewerkschaften sowie Beteiligung am Aufbau der Digitalen Bibliothek, u. a. Entwicklung des online-Angebotes „FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik“). Von Anfang 2010 bis Ende 2013 Leiter der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel (Schwerpunkt: Seminare zur Europapolitik). 1967 Eintritt in die SPD, Mitglied der Gewerkschaft ver.di.

Rainer Gries

**„Und Du bist noch
in der SPD?!“**

**Mehr Demokratie wagen! –
Eine Streitschrift**

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Es konnten nicht alle Rechtsinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Dieses Werk enthält Hinweise/Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalt der Verlag keinen Einfluss hat und die der Haftung der jeweiligen Seitenanbieter oder -betreiber unterliegen. Zum Zeitpunkt der Verlinkung wurden die externen Websites auf mögliche Rechtsverstöße überprüft und dabei keine Rechtsverletzung festgestellt. Ohne konkrete Hinweise auf eine solche Rechtsverletzung ist eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten nicht zumutbar. Sollten jedoch Rechtsverletzungen bekannt werden, werden die betroffenen externen Links soweit möglich unverzüglich entfernt.

1. Auflage 2024

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-042510-1

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-042511-8

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	7
2	Zunehmende Armut und Spaltung der Gesellschaft	11
	Vertrauensverlust der SPD	13
	Legitimationskrise der Demokratie	17
3	Gespräch mit einem früheren Schulfreund	23
4	Parteien in der Krise	31
	Wahlergebnisse und Repräsentativität	35
	Die SPD im Bund und in NRW	38
	Das programmatische Profil der SPD	45
	Engagement neben und in Parteien	49
5	Zur Rolle der Medien	53
6	Parteien an der Basis	57
	Der Kölsche Klüngel	59
	Kandidatenwahl für den Bundestag 2002	66
	Kandidatenwahl für den Bundestag 2009	67
	Kandidatur bei der Kommunalwahl 2009	69
7	Intransparente Kandidatenauswahl	75
8	Für Reformen streiten!	83
	Urwahl: Die Mitgliederversammlung stärken!	86
	Reformen an der Basis	90
	Mitgliederwerbung	93

Neue Medien als Ersatz oder Ergänzung?	96
Einige Rahmenbedingungen für Reformen	98
9 Die Bürger müssen sich einmischen!	103
10 Bleiben oder gehen? Versuch einer Antwort	107
Anmerkungen	113

1 Einführung

Auf der Titelseite der Mitgliederzeitung der Gewerkschaft ver.di stand zu lesen: „Demokratie ist kein Selbstläufer“. Ver.di führt aus:

„Aktuell glauben 31 Prozent der Deutschen, in einer Scheindemokratie zu leben, in der die Bürger nichts zu sagen haben. Im Osten glauben das fast die Hälfte, 45 Prozent, im Westen sind es 28 Prozent.“¹

Auch in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 herausgegebenen Studie wird festgestellt:

„Die Demokratiezufriedenheit in Deutschland verharrt auf niedrigem Niveau. Eine (wenn auch) knappe Mehrheit der Menschen ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, unzufrieden, weniger als die Hälfte sind sehr oder ziemlich zufrieden. Das ist der negative Befund unserer Folgestudie, der sorgenvoll stimmen muss. ... (Es) verbergen sich hinter der allgemeinen Demokratie(un)zufriedenheit weiterhin Entwicklungen und Tendenzen, die für die Stabilität der Demokratie prekär und potenziell bedrohlich sind.“²

Umfragen zeigen auch eine Zunahme der Zustimmung für rechtspopulistische Parteien. Laut ARD-DeutschlandTrend im Juli 2023 käme die AfD auf 20 Prozent, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, und wäre damit zweitstärkste Kraft. Das ist der höchste Wert, der für die AfD je gemessen wurde. Aktuell sind nach dieser Befragung 23 Prozent mit der Arbeit der Ampel-Koalition sehr zufrieden beziehungsweise zufrieden (+3 im Vergleich zum Juni). 75 Prozent sind damit weniger beziehungsweise gar nicht zufrieden (-4).

Im September 2017, bevor die AfD zum ersten Mal in den Bundestag einzog, meinten 85 Prozent der Befragten, dass es in der AfD zu viele Rechtsextreme gebe. Im Juli 2023 würden das noch 69 Prozent sagen, 18 Prozent stimmten der Aussage eher nicht zu. Eine Mehrheit von 55 Prozent war der Meinung, die AfD löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber wenigstens beim Namen (+12 Punkte im Vergleich zu Mai 2019). Gut jeder Zweite (53 Prozent) sagte, die AfD habe es besser als andere Parteien verstanden, dass sich viele Menschen bei uns nicht mehr sicher fühlten – 11 Prozentpunkte mehr als im September 2021.³

Die erfolgreiche Wahl des AfD-Kandidaten für das Amt des Landrates im Kreis Sonneberg in Thüringen Ende Juni 2023 ist ein Alarmsignal. Helge Matthiesen stellte fest, dieses Amt sei zwar nicht von besonderer Bedeutung.

„Dennoch ist die Entwicklung in Thüringen bedrohlich: Die Parteien der Mitte und der politischen Linken haben offenbar nicht mehr genügend Bodenhaftung in den lokalen Milieus, um einen gemäßigten Kandidaten mit einer sachlichen Agenda durchzusetzen. Es fehlt an geeigneten, überzeugenden Kandidaten. Das muss jeden Demokraten beunruhigen. ... Die Parteien müssen wieder näher an das Volk und das geht am besten in Kreisen, Städten und Gemeinden.“⁴

Vor allem die ehemaligen Volksparteien erreichen mit ihren Programmen, Themen und Botschaften das Wahlvolk offensichtlich nur noch sehr eingeschränkt. Auch die Zahl ihrer Mitglieder ist seit längerer Zeit rückläufig.⁵

Das stark abnehmende Vertrauen hat sich schon in den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021 sowie der Landtagswahlen 2022 und 2023 mit Blick auf die Stimmergebnisse, aber auch auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung niedergeschlagen. Die Repräsentativität der Wahlergebnisse ist in Frage gestellt.

Diese Entwicklungen sind nicht auf Deutschland beschränkt. Die letzten Wahlen in Frankreich, Schweden und Italien machen auch in diesen Ländern deutlich, dass die früher prägenden Volksparteien stark an Zustimmung und Einfluss verloren haben oder kaum noch eine Rolle spielen. So wird von einer aktuellen Umfrage aus Großbritannien berichtet, wonach 75 Prozent der Befragten die Meinung vertraten, das Vertrauen in britische Politiker in den vergangenen Jahren verloren zu haben. 74 Prozent glaubten, dass Politiker mehr im eigenen Interesse handeln als im Interesse der Allgemeinheit.⁶ Thomas Leif hat schon vor mehreren Jahren festgestellt:

„Die Parteien in Deutschland leiden unter einem massiven Realitätsverlust. Die Parteirealität vieler Spitzenpolitiker unterscheidet sich fundamental von der Lebensrealität der Bürger und Wähler. Die Folge: Die Parteien verlieren zunehmend ihre Problemsensorik und ihre Orientierungsfunktion für die Bürger. Die Verankerung in der Bevölkerung sinkt, die Parteien verlieren an politischer Deutungsfähigkeit. ... Die sich vertiefende Kluft zwischen Parteirealität und Lebensrealität der Bürger verlangt grundlegende Anpassungen an die Wirklichkeit, weil andernfalls demokratisch nicht legitimierte Akteure und Lobbykräfte ihren politischen Einfluss noch weiter ausbauen und so die eigentlichen gewählten Volksvertreter – aus der Sicht der Bürger – überflüssig machen.“⁷

Die Auswahl vieler Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene wird formal in Parteiversammlungen entsprechend der Satzung beschlossen, faktisch aber im Vorfeld in kleinen örtlichen und regionalen Zirkeln schon festgelegt. Die Beteiligung der Mitglieder ist dabei auf der Strecke geblieben.

Der Reformbedarf der Parteien ist von Politikwissenschaftlern vielfach untersucht und beschrieben worden, meist mit einer Konzentration auf die Bundes- und höchstens noch die Landesebene.⁸ Wir sollten aber auch auf die Basis schauen, wo viele Entwicklungen und Probleme ihren Ursprung haben, wo strukturelle und personelle Probleme und ihre Entwicklung erkannt werden könnten. Wo die Bürger leben und sich fragen: Warum sollen wir *die* wählen?!

Nach einem Überblick über Darstellungen und Einschätzungen der Krise der Volksparteien und besonders der SPD in der Literatur möchte ich versuchen, diese Entwicklungen aus einer Perspektive „von unten“ zu beschreiben, indem ich mein persönliches Erleben als Mitglied der SPD in der Mittelrheinregion schildere. An der Basis bauen sich viele Probleme auf, die bis ganz oben mitgeschleppt werden.

„Wo eine Partei fest in den örtlichen Gemeinschaften verankert ist und in den Städten und Kommunen Regierungsfähigkeit demonstriert, wird sie auch auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle spielen. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe vor Ort sind die Grundlage des Vertrauens, das eine Partei braucht, um auch für überörtliche Aufgaben gewählt zu werden.“⁹

Nun ist es das eine, über die Medien politische Entscheidungen zu erfahren, sich darüber zu ärgern, diese zu kritisieren und abzulehnen. Und es ist etwas anderes, politische Entscheidungen und ihre Auswirkungen persönlich erdulden und erleiden zu müssen. Dies wurde mir in besonderer Weise bei einem Besuch bei einem ehemaligen Schulfreund bewusst. Er fand 2007, rund 40 Jahre nach unserer gemeinsamen Schulzeit statt, als er sich in einer sehr schwierigen Lebenslage befand, die er auch auf die Agenda-Politik des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder zurückführte. Zum Schluss meines Besuches stellte er mir die Frage:

„Und Du bist noch in der SPD?!“

Diese Frage meines früheren Schulfreundes beschäftigt mich bis heute. Letztlich ist sie der Anstoß für dieses Buch, das mein Versuch einer Antwort ist.

Eine ausführliche, begründete Antwort konnte ich ihm damals nicht geben. Die Schilderung seines Lebensweges, seiner schwierigen Lebenssituation stand so sehr und so umfassend im Mittelpunkt und hatte mich so stark emotional berührt, dass ich in dieser Gesprächssituation eine einfache Beantwortung seiner Frage als banal und unangemessen empfunden hatte. Ich war schlicht dazu nicht in der Lage. Deshalb möchte ich versuchen, die Antwort auf seine Frage hier nachzuliefern. Er hatte seine Frage sehr ernst gemeint. Sie war in der Erinnerung an unsere gemeinsame Zeit, in der Erinnerung an unsere gemeinsamen politischen Ziele begründet.

Ich bin im Herbst 1967 in die SPD eingetreten. Das Profil der SPD, ihre politischen Ziele und viele ihrer Politiker in Bund, Land und Kommune erschienen vertrauenswürdig, kompetent und überzeugend. Vor allem das außen- und friedenspolitische Profil hatte mich und viele andere bewegt, mich in der SPD zu engagieren. In den folgenden Jahrzehnten habe ich wiederholt Zweifel gehabt, mit meinen Vorstellungen in der richtigen Partei zu sein.

Häufig waren es bestimmte politische Entscheidungen oder das Verhalten von SPD-Politikern, die meine Zweifel von Fall zu Fall begründet hatten. Es waren aber auch immer wieder politische Entscheidungen, gute Erfahrungen mit SPD-Politikern und der häufig freundschaftliche Kontakt zu anderen Mitgliedern vor Ort, die mich bestärkt haben, in der SPD zu bleiben.

In der SPD gab es verschiedene Anläufe, Reformen auf den Weg zu bringen, die wenig erfolgreich waren. Die Beschlüsse des Bundesparteitages 2019 sandten ermutigende Signale sowohl in Richtung der inhaltlichen Profilierung der SPD wie auch im Hinblick auf die Öffnung für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder in der Partei. Aber ein wirklicher Aufbruch ist bisher nicht gelungen.

Mein Anliegen ist vor allem eine offene und ehrliche Debatte, möglichst auch gemeinsam mit vielen Mitgliedern der SPD, über den Reformbedarf und Ansatzpunkte für Veränderungen. Die Unsicherheiten und Existenzängste der Menschen wachsen von Tag zu Tag. In dieser Situation ist ganz besonders die SPD herausgefordert, sich stärker den Lebenslagen der Bürger zuzuwenden und sich deutlicher für eine gerechtere Gesellschaft und einen fairen gesellschaftlichen Austausch einzusetzen.

2 Zunehmende Armut und Spaltung der Gesellschaft

Parteien und Politiker haben schon lange mit einem gravierenden Vertrauensverlust zu kämpfen. Aktuell kommen mehrere Krisen zusammen, die die Lage drastisch verschärfen.

Die zwanziger Jahre begannen mit einer sehr ernsten Herausforderung, der Corona-Pandemie. 2021 folgte eine große Flutkatastrophe in Teilen des Landes, die zeigte, wie sehr sich der Klimawandel bereits heute auswirkt. Schließlich kam im Februar 2022 der Krieg Russlands gegen die Ukraine hinzu.

Ab Frühjahr 2022 drosselte Russland die Gaszufuhr nach Deutschland immer mehr. Die Folge sind Energieversorgungsprobleme, stark steigende Energiekosten, stark ansteigende Inflation – Folgen, die bei Bürgern direkt ankommen.

Auch viele Unternehmen, große Industrieunternehmen und Handwerksbetriebe sind durch die Energiekrise stark bedroht, von Verlagerungen ins Ausland und von möglichen Pleitewellen wird in Regionalzeitungen berichtet.¹⁰

Die genannten drei großen Krisen verstärken in ihren Auswirkungen eine vierte Krise: Die zunehmende Armut. Den Armutsforscher Christoph Butterwege beunruhigt, dass es durch die Energiekrise und die allgemein hohe Inflation bis in die Mitte der Gesellschaft hinein zu sozialen Verwerfungen kommen könnte.

„Mich besorgt aber, dass die Existenzsorgen in der Mittelschicht zunehmen. Möglicherweise wenden sich viele ihrer Angehörigen politisch nach rechts außen.“¹¹

Am 6. November 2022 zeigte das ZDF eine Reportage über zunehmende Armut in Deutschland.¹² Dort wurde sehr anschaulich der Alltag von Bürgern gezeigt, bei denen sich die steigenden Kosten nicht mehr mit dem vorhandenen Einkommen stemmen lassen.

Auch in der Mittelrheinregion steigt die Zahl der Bedürftigen deutlich, die bei den Tafeln um Lebensmittel anstehen. Immer mehr Menschen brauchen die Unterstützung für das tägliche Leben, weil das Geld nicht mehr reicht.¹³

Die Krise kommt zunehmend bei den Bürgern vor Ort als Herausforderung und bei manchen auch als Bedrohung an. Sie ist nicht nur eine durch die Medien geschilderte Krisensituation irgendwo auf der Welt. Viele Bürger und viele Branchen kämpfen auch noch mit den Folgen der Corona-Pandemie. Die Zahl der Flüchtlinge und die Probleme ihrer Unterbringung vor Ort steigen wieder an. Armut wird ein erkennbares Problem.¹⁴

In einem Zeitungsbericht über eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung stand:

„Weniger offensichtlich und bekannt ist die Tatsache, dass von Armut betroffene Menschen vermehrt das politische System des Landes ablehnen. Das resultiert aus dem Gefühl und der Wahrnehmung, dass die politisch Verantwortlichen zu wenig für diese benachteiligten Personen tun. Das Gefühl kommt nicht von ungefähr. ... die Tatsache, dass in Deutschland rund 17 Prozent von Armut betroffen sind, sollte alarmieren. ... Die vorhersehbaren Spannungen werden die Gesellschaft auf eine harte Probe stellen. Deswegen ist es dringend geboten, zielgenau diejenigen zu unterstützen, die unter der Inflation am meisten leiden.“¹⁵

Wie agierten Politiker und Parteien? Gas- und Strompreisdeckel und andere Entlastungs- und Überbrückungsangebote sind zeitlich befristete Maßnahmen, von denen auch Spitzenverdiener profitieren. Für diese Maßnahmen forderte selbst der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass eine höhere Besteuerung für Reiche angezeigt wäre.

Wie agieren Politiker der SPD? Unklar bei wichtigen und innerhalb der Koalition offenen und strittigen Themen. Die Kommunikation der SPD bleibt häufig für die Bürger unverständlich.

„Laut Forschungsgruppe Wahlen sehen 32 Prozent der Menschen die Kompetenz für soziale Gerechtigkeit weiterhin bei den Sozialdemokraten, deutlich mehr als bei allen anderen Parteien. Doch die Erwartungen werden offenbar nicht erfüllt. Anfang des Jahres waren laut ‚ARD-DeutschlandTrend‘ zumindest 58 Prozent der Deutschen der Meinung, es gehe hierzulande eher ungerecht zu. So hoch war die Zahl seit 2010 nicht mehr. Wo ist also die SPD? Zum Beispiel bei der Kindergrundsicherung?“¹⁶